



## 127. Plenarsitzung des Europäischen Ausschusses der Regionen

*u.a. Debatte mit Frans Timmermans, Erster Vizepräsident der EU-Kommission; Aussprache mit dem portugiesischen Premierminister António Costa zur Zukunft Europas; Vorstellung des Programms des bulgarischen EU-Ratsvorsitzes durch den stellv. Ministerpräsidenten Tomislav Donchev*

Die 127. Plenartagung des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) fand vom 31. Januar bis zum 1. Februar 2018 in Brüssel statt.

Zu Beginn der Tagung berichtete der Vizepräsident der EU-Kommission Frans Timmermans über aktuelle Vorhaben aus seinen Zuständigkeitsbereichen für Bessere Rechtssetzung, interinstitutionelle Beziehungen, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechtecharta. Ausführlich ging er auf die Einsetzung der Task Force für Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit ein. Er lobte das Engagement des AdR in dieser Task Force. In den kommenden fünf Monaten werde die Task Force einen Bericht erarbeiten, in dem Verbesserungsvorschläge im Verfahrensbereich unterbreitet, relevante Rechtsbereiche identifiziert und Optionen für eine strukturell bessere Einbindung insbesondere der regionalen Ebene aufgezeigt werden. In der nachfolgenden Debatte begrüßten die AdR-Mitglieder fraktionsübergreifend die Einsetzung der Task Force und versprachen ihre Unterstützung. Hinsichtlich weiterer Themen ist erwähnenswert, dass einzelne AdR-Mitglieder, insbesondere aus Schottland und Flandern, die Zurückhaltung der EU-Kommission gegenüber Spanien im Katalonien-Konflikt kritisierten.

Im Anschluss fand eine Aussprache des portugiesischen Premierministers António Costa zur Zukunft Europas statt. Der Premierminister hob hervor, dass eine starke Kohäsions- und Strukturpolitik dabei von zentraler Bedeutung sei. Unerlässlich sei u.a. auch die weitere Förderung der Gebiete in äußerster Randlage.

Zur Abstimmung stand auf der Plenartagung insbesondere eine Entschließung zu der Änderung der Verordnung über die ESI-Fonds zwecks Unterstützung von Strukturreformen. Die von den Fraktionen der EVP, SPE, ALDE, EA und EKR gemeinsam vorgelegte Entschließung spricht sich gegen entsprechende Überlegungen der EU-

Kommission aus. Das Prinzip „Geld für Reformen“ sei mit dem Ziel der Kohäsionspolitik, die Unterschiede im Entwicklungsstand zwischen den Regionen zu verringern, nicht vereinbar. Ohne eine genaue Definition des Konzepts und des Umfangs der anvisierten Strukturreformen sei auch das Subsidiaritätsprinzip nicht gewahrt. Abhängig vom weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens schließe der AdR eine entsprechende Klage vor dem EuGH nicht aus. Die Entschließung wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Eine weitere, von der SPE-Fraktion eingebrachte Entschließung war Gegenstand einer lebhaften Debatte. Mit dieser Entschließung soll das Vorhaben der EU-Kommission unterstützt werden, einen Beschluss des Rates zur Feststellung einer schwerwiegenden Verletzung der Rechtsstaatlichkeit durch die Republik Polen herbeizuführen. Erwartet werde jedoch, dass die polnische Regierung und die Kommission nun einen konstruktiven Dialog bzgl. der polnischen Justizreformen aufnehmen. Zugleich dürfe die von der nationalen Regierung zu verantwortende Politik auch nicht zu einer Aussetzung der EU-Finanzierung für Städte und Regionen sowie übriger Begünstigter führen. Gegen diese Einschränkung wandte sich die ALDE-Fraktion mit dem Argument, dass es den Bürgerinnen und Bürgern der EU nicht zu vermitteln sei, dass ihr Steuergeld auch dann in Mitgliedstaaten fließen solle, wenn diese willentlich gegen Grundprinzipien der EU verstoßen. Gegen die gesamte Entschließung wandte sich die EKR-Fraktion. Ihr zufolge beurteile die EU-Kommission die ganze Situation falsch bzw. mische sich in interne polnische Angelegenheiten ein. Die EVP-Fraktion zeigte überwiegend Zustimmung zu der Entschließung. Im Endergebnis standen 77 Ja-Stimmen 39 Nein-Stimmen bei 26 Enthaltungen gegenüber.

Inhaltlich hat sich der AdR darüber hinaus mit einer Vielzahl anderer Themen befasst und u.a. folgende Beschlüsse gefasst:

## Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



- Zukunft des COSME-Programms nach 2020
- Umsetzung der erneuerten EU-Strategie für Gebiete in äußerster Randlage
- Erasmus für lokale und regionale Mandatsträger
- Entwicklung der blauen Wirtschaft im westlichen Mittelmeerraum
- Koexistenz mit konkurrierenden Arten im Rahmen der EU-Naturschutzrichtlinien
- Digitaler Binnenmarkt: Halbzeitüberprüfung
- Reflexionspapier über die Zukunft der EU-Finzen
- Strukturpolitik nach 2020: Integrierte territoriale Investitionen
- Empfehlungen der hochrangigen Gruppe zur Vereinfachung nach 2020
- Arbeitsrechtliche Aspekte des Straßengüterverkehrs
- Förderung nahtloser Mobilitätslösungen
- Entschließung zum Jahreswachstumsbericht 2018

---

Weiterführende Informationen:

<http://cor.europa.eu/de/events/pages/127th-cor-plenary-session.aspx>